

Im Prozeß der Verwirklichung des Friedensvertrages und der Normalisierung der Lage in Westberlin wird die Möglichkeit der Vereinbarung größerer Freizügigkeit zwischen den beiden deutschen Staaten und mit der Freien Stadt Westberlin entstehen und wachsen. Auf das Fehlen dieser Freizügigkeit berufen sich heute in demagogischer Weise diejenigen, die mit ihrer aggressiven interventionistischen Politik des Menschenhandels die Schuld daran tragen und in ihrem eigenen Machtbereich Jagd auf alle Deutschen aus dem Osten machen, die mit Deutschen aus dem Westen über die friedliche Zukunft Deutschlands sprechen wollen.

Die völkerrechtliche Verantwortlichkeit der treibenden Kräfte des schmutzigen Menschenhandels, die straf-

rechtliche Ahndung des strafbaren Verhaltens der übrigen hieran Beteiligten ist das eine, die Beseitigung der Ursachen des Verbrechens das andere, natürlich weitaus Wichtigere. Auch dieser Prozeß bestätigt die Notwendigkeit, Westberlin einen festen — friedlichen und unabhängigen — völkerrechtlichen Status zu verleihen und endlich den dem demokratischen Völkerrecht gemäßen Schlußstrich unter den zweiten Weltkrieg zu ziehen. Ein demokratischer Friedensvertrag möglichst mit beiden deutschen Staaten und seine Verwirklichung in ganz Deutschland wird dem hiev zur Verhandlung stehenden Verbrechen des Menschenhandels den Boden entziehen.

HARRI HARRLAND, Hauptreferent im Ministerium der Justiz

Die Kriminalität in den beiden deutschen Staaten im Jahre 1960

Das Jahr 1960 war in der Deutschen Demokratischen Republik ein erfolgreiches Jahr des durch die sozialistische Staatsmacht und ihre Straforgane organisierten Kampfes der Volksmassen gegen die Kriminalität. Im ganzen gesehen haben die festgestellten Straftaten weiterhin abgenommen.

Die Deutsche Volkspolizei registrierte im Berichtsjahr insgesamt 139 021 Straftaten. Das sind gegenüber 1859 mit 156 970 festgestellten Straftaten 17 949 = 11,4 % weniger.

Seit dem ersten vollen Nachkriegsjahr verzeichnen wir auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik folgende Entwicklung:

Jahr	registrierte Straftaten	1946 = 100	1950 = 100	Kriminalitätsziffer ¹
1946	500 446	100	217,3	2771
1947	482 235	96,4	209,4	2552
1948	434 203	86,8	188,6	2277
1950	230 263	46,0	100	1252
1957	169 557	33,9	73,6	967
1958	186 138	37,2	80,3	1072
1959	156 970	31,4	68,1	907
1960	139 021	27,7	60,3	803

Die Straftatenzahl des Jahres 1960 ist also um rund 72% geringer als im Jahre 1946. Seit dem Jahre 1950 weist die Tabelle eine Abnahme der jährlichen Straftatenzahl um rund 40 % aus.

Die ganze bisherige Entwicklung der Kriminalität in der Deutschen Demokratischen Republik ist ein augenfälliger Beweis für die tiefe Wahrheit, die hinter jener bekannten Feststellung in dem Beschluß des Staatsrates über die weitere Entwicklung der Rechtspflege vom 30. Januar 1961 steht, daß in unserer Gesellschaft keiner zum Verbrecher zu werden braucht und daß durch die Organisation des Sozialismus das Verbrechen allmählich aus dem Leben der Gesellschaft ausgeschaltet wird. Gerade die Entwicklung im Jahre 1960 beweist auch, wie groß und wie vielfältig bereits heute die Möglichkeiten sind, durch die bewußte Orientierung der Kriminalitätsbekämpfung auf die Kraft der ganzen sozialistischen Gesellschaft dem Verbrechen Schritt für Schritt den Boden zu entziehen.

¹ Straftaten auf je 100 000 Einwohner.

Durch die im Zuge der Vorbereitung und Durchführung der Richterwahl gefestigte Zusammenarbeit der Strafverfolgungsorgane mit den örtlichen Organen der Staatsmacht, durch die — wenn auch zunächst noch in geringer Zahl — begonnene Behandlung einer Reihe von geringfügigen Rechtsverletzungen durch die Konfliktkommissionen in den Betrieben sowie durch die breitere Einbeziehung der Werktätigen, insbesondere der sozialistischen Kollektive, unmittelbar in die Tätigkeit der Strafverfolgungsorgane ist die Front gegen die Kriminalität um ein beträchtliches breiter geworden. Damit konnte auf der Grundlage des weiteren Wachstums des Lebensstandards der Bevölkerung im Jahre 1960 vor allem eine bedeutende Verminderung der Eigentumskriminalität erreicht werden. Die Eigentumsdelikte² haben mit 15 % schneller abgenommen als die Kriminalität in ihrer Gesamtheit.

Diese im großen und ganzen gute Entwicklung, die sich auch im ersten Halbjahr 1961 fortgesetzt hat, ist um so höher zu bewerten, als sie sich in einer Zeit vollzieht, da von den Bonner Ultras ein verschärfter Handels- und Nervenkrieg gegen die DDR inszeniert und durch Sabotage, Spionage, Vertragsuntreue, Hetze, Gerüchteverbreitung und schamlos im großen Stil organisierten Menschenhandel alles mögliche getan wird, den erfolgreichen sozialistischen Aufbau zu bremsen und zu stoppen. So stark ist unser Staat, soviel Kraft geht von der sozialistischen Gesellschaft aus, daß selbst in Zeiten großer Belastungsproben die Zahl der Rechtsbrecher weiter abnimmt und die Sicherheit des Bürgers vor Anschlägen auf seine Person und sein Vermögen ständig wächst.

Diese Wahrheit verschweigen insbesondere die westdeutschen Propagandazentralen ihren Konsumenten geflissentlich. Sie müssen das tun, weil — wie überall — die Tatsachen nicht in ihr Konzept von Verdrehungen und Lügen über den ersten Arbeiter- und Bauern-Staat in Deutschland passen. Sie sind dazu gezwungen, weil die sachliche Berichterstattung über die Tatsachen sofort die Frage aufwerfen würde, warum in der Deutschen Demokratischen Republik sich eine solche Entwicklung vollzieht, die dem ehrlich arbeitenden Menschen in ständig wachsendem Maße Sicherheit vor kriminellen Anschlägen verbürgt — während in der von ihnen besungenen „freiheitlichen Welt“ die Unruhe der Bevölkerung über die uferlos zunehmende Kriminalität

² Und zwar gleichermaßen die zum Nachteil des sozialistischen wie des privaten und persönlichen Eigentums begangenen Delikte (Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Untreue, Urkundenfälschung).